

Demokratischer Imperialismus

US-Geopolitik zur Rekolonialisierung der Welt

Von Jürgen Wagner

Amerika sei niemals ein Imperium gewesen und beabsichtige auch keines zu werden, versicherte unlängst US-Präsident George W. Bush. Dennoch bereitet sich Washington seit geraumer Zeit unter dem Deckmantel von „Stabilitätsexport“ und „Nation-Building“ auf die dauerhafte Besetzung und radikale Umgestaltung so genannter „gescheiterter Staaten“ (*failed states*) vor.

In den letzten Monaten wurden zu diesem Zweck Pentagon, US-Außenministerium und die amerikanische Entwicklungshilfe einer grundlegenden Reorganisation unterzogen. Dabei zeigt sich zunehmend, dass der „Krieg gegen den Terror“ zugleich als ein Mittel zur globalen Durchsetzung einer neoliberalen Weltwirtschaftsordnung instrumentalisiert wird, die immer mehr Züge eines klassischen Kolonialismus annimmt.

Schon lange fordern US-Neokonservative, endlich jede Bescheidenheit abzulegen und sich offen zum amerikanischen Imperium zu bekennen. Dessen Errichtung wird in den Vereinigten Staaten auch von zahlreichen Mitgliedern des außenpolitischen Establishments als *conditio sine qua non* des amerikanischen Wohlstands und insbesondere der amerikanischen Sicherheit propagiert – eine Sichtweise, die inzwischen auch von der Bush-Administration übernommen wurde. Die Zeit der imperialen Amnesie ist in der Tat zu Ende gegangen.¹

Begründet wird dieser imperiale Kurswechsel – der sich zwar schon unter Bill Clinton andeutete, aber in den letzten Jahren dramatisch an Schubkraft gewann – damit, dass er die einzig effektive Bekämpfung des Terrorismus darstelle. Um diese These zu untermauern, gab die US-Regierung in den letzten Jahren zahlreiche Studien in Auftrag, die allesamt zu dem Ergebnis gelangten, die gewaltsame Befriedung und Besetzung gescheiterter Staaten müsse zur Hauptaufgabe der US-Außenpolitik werden. Unter anderem beauftragte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sein wichtigstes wissenschaftliches Beratungsgremium – das *Defense Science Board*, dem der Neokonservative William Schneider vorsitzt – mit der Klärung der Frage, ob von gescheiterten Staaten eine direkte Gefahr für die Vereinigten Staaten ausgehe. Die hierauf erstellte Studie kam zu folgendem Ergebnis: „Berücksichtigt man die jüngste Geschichte, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die USA in Stabilisierungs- und Wiederaufbaumissionen involviert werden. [...] Gescheiterte und schei-

1 Rainer Rilling, *Outbreak. Let's Take Over. American Empire als Wille und Vorstellung*, 2004, S. 134.

ternde Staaten sind ideale Brutstätten und Trainingsorte für Terroristen.“² Auf Grundlage dieser Analyse, so die einhellige Schlussfolgerung, bliebe den USA gar nichts anderes übrig, als sich auf eine imperiale Mission zu begeben: „Vom Sudan über Afghanistan nach Sierra Leone und Somalia: Wenn solche Machtvakuen in der Vergangenheit Großmächte gefährdeten, hatten diese eine schnelle Lösung parat: Imperialismus. [...] Die Logik des Neoimperialismus ist für die Bush-Regierung zu überzeugend, um ihr zu widerstehen. Das Chaos in der Welt ist zu gefährlich, um ignoriert zu werden.“³

Diese plakative Begründung eines „postmodernen Imperialismus“⁴ wurde von der Bush-Regierung bereitwillig aufgegriffen. Entsprechend argumentiert Stephen Krasner, Leiter der Politischen Planungsabteilung im US-Außenministerium: „Das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten funktioniert nicht mehr. [...] Mächtige Staaten können das Phänomen prekärer Staaten nicht ignorieren, denn deren Sicherheits- und wirtschaftliche Interessen sind durch diese Staaten gefährdet. Die beste Lösung ist [deshalb] die Einrichtung einer De-facto-Treuhandschaft oder eines Protektorats.“ Dieses mit der Bekämpfung des Terrorismus legitimierte Vorgehen wird vom einflussreichen *Council on Foreign Relations* offen mit einem „Regime Change“ verknüpft: „Das ultimative Ziel der amerikanischen Außenpolitik ist es, unsere Macht – allein, falls nötig – dafür zu nutzen, Demokratien mit freier Marktwirtschaft auf dem ganzen Globus auszudehnen. Dies ist der einzige Weg, wie die Vereinigten Staaten den langfristigen Ursachen des Terrorismus begegnen können.“⁵

Die Vereinigten Staaten als „Bodyguard der Globalisierung“

Ein wichtiger Stichwortgeber der gegenwärtigen US-Politik ist Thomas P. M. Barnett, der prominenteste Vertreter des hier als „neoliberale Geopolitik“ bezeichneten Konzepts.⁶ Barnett zufolge müssen die USA als „Bodyguard der Globalisierung“⁷ die Weltwirtschaftsordnung nicht nur absichern, sondern bis in den letzten Winkel der Welt ausdehnen. Ansonsten würden in Gebieten, die „weitgehend abgekoppelt von der globalen Ökonomie“ und deren „Spielregeln“ seien, Staaten zerfallen und damit auch Terrorismus entstehen. „Es ist diese Isolierung, die eine Gefährdung definiert. [...] Somit ist die Ausmerzung dieser Abkoppelung die zentrale sicherheitspolitische Aufgabe unserer Zeit.“

2 Defense Science Board, 2004 Summer Study on Transition To and From Hostilities, Supporting Papers, Januar 2005, S. 83.

3 Sebastian Mallaby, *The Reluctant Imperialist: Terrorism, Failed States, and the Case for American Empire*, in: „Foreign Affairs“ 2/2002, S. 2-7, hier S. 2, 6.

4 James Fearon und David Laitin, *Neotrusteeship and the Problem of Weak States*, in: „International Security“, 4/2004, S. 5-43, hier S. 7.

5 Stephen D. Krasner, *Alternativen zur Souveränität*, in: „Internationale Politik“ 9/2005, S. 44-53, hier S. 44-46; *Council on Foreign Relations, A New National Security Strategy in an Age of Terrorists, Tyrants, and Weapons of Mass Destruction*, New York 2003, S. 6.

6 Vgl. Thomas P. M. Barnett, *Die neue Weltkarte des Pentagon. Mit einer Liste künftiger Konfliktherde und Interventionspunkte*, in: „Blätter“ 5/2003, S. 554-564.

7 Thomas P. M. Barnett und Henry H. Gaffney, jr., *Globalization Gets a Bodyguard*, in: *U.S. Naval Institute Proceedings*, 127, no. 11 (November 2001), S. 50-53.

Barnett lässt dabei keinen Zweifel daran aufkommen, dass die globale Ökonomie neoliberalen Spielregeln zu folgen habe, die Vereinigten Staaten mithin die „Rolle als Systemadministrator hinsichtlich der ökonomischen Globalisierung“ wahrzunehmen hat. „Damit meine ich, dass Amerika die Führung bei der Verkündung des umfassenden ökonomischen Regelsystems übernommen hat, das den Fortschritt der Globalisierung seit den 90er Jahren anleitet und unter dem Begriff des Washington Konsensus bekannt ist. [...] Amerika muss nun einen Gang zulegen und eine ähnliche Rolle als Systemadministrator im Bereich der Sicherheit spielen.“⁸

Dieser Ansatz fand bereits Eingang in die Nationale Sicherheitsstrategie vom September 2002 und wurde in deren Neufassung vom März 2006 nochmalig bestärkt.⁹ Tatsächlich ist diese „Systemadministration“ – neben der Kontrolle der Weltölvorkommen – die Grundlage der US-Strategie zur dauerhaften Sicherung der eigenen Vormachtstellung. Denn während die neoliberale Globalisierung zu einer dramatischen Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung führt, sind die Vereinigten Staaten zugleich wichtigster Antreiber und Profiteur dieses Prozesses.¹⁰

Es geht hierbei allerdings um mehr als „nur“ um die Profitinteressen einzelner Großkonzerne – nämlich darum, eine fundamental ungerechte Weltwirtschaftsordnung militärisch abzusichern: „Das Freihandelssystem des 19. Jahrhunderts wurde von der Royal Navy geschützt und ausgeweitet. Die einzige Macht, die in der Lage ist, heute eine vergleichbare Rolle zu spielen, sind die Vereinigten Staaten von Amerika.“ Entsprechend fordert auch der geopolitische Altmeister Colin S. Gray, die Rolle des Weltsheriffs anzunehmen: „Jede internationale Ordnung bevorteilt einzelne Länder und Interessen mehr als andere und benötigt deshalb eine Absicherung.“¹¹

Gerade aus den dramatischen Problemen in Afghanistan und im Irak zog man die Schlussfolgerung, dass die US-Streitkräfte in zwei Richtungen umstrukturiert werden müssen. Schon im April 2004 kündigte Präsident Bush ein neues Stationierungskonzept an, das sich im Wesentlichen daran orientiert, künftig häufiger und vor allem schneller militärisch aktiv werden zu können.¹² Diese Optimierung der Interventionsfähigkeit wird derzeit, wie von Barnett nachdrücklich gefordert, um einen zweiten Aspekt ergänzt, der sich direkt aus der Erkenntnis ableitet, dass heutzutage der dauerhaften „Stabilisierung“ – sprich: der Kontrolle – eine ebenso große Bedeutung zukommt wie dem vorausgehenden militärischen Sieg. „Der Leviathan (Flugzeuge, intelligente Bomben) wird Angst und Entsetzen verbreiten, wie er es in Afghanistan und im Irak getan hat. Darauf wird die Systemadministrationstruppe (Militär-

8 Thomas P. M. Barnett, *The Pentagon's New Map*, New York 2004, S. 8, 168.

9 Vgl. die Dokumentation in „Blätter“ 12/2002, S. 1505-1511, sowie *National Security Strategy of the United States*, March 2006.

10 Vgl. Birgit Mahnkopf, *Globalisierung, Armut und Gewalt*, in: „Blätter“ 7/2006, S. 817-827; Albert Scharenberg und Oliver Schmidtko, *Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen*, Münster 2003; Joseph Stiglitz, *Die Schatten der Globalisierung*, Berlin 2002.

11 Max Boot, *The Savage Wars of Peace*, New York 2003, S. 349; Colin S. Gray, *The Sheriff: America's Defense of the New World Order*, Lexington 2004, S. 4; vgl. auch Frank Unger, *Freihandels-Imperialismus. Von der Pax Britannica zur Pax Americana*, in: „Blätter“ 10/2004, S. 1186-1196.

12 Vgl. Jürgen Wagner, *Afrika im Fadenkreuz*, in: „Blätter“ 6/2004, S. 703-711.

polizei, humanitärer Hilfe etc.) folgen, die das tun wird, worin wir im Irak versagt haben.“¹³ Dementsprechend fordert die von Verteidigungsminister Rumsfeld in Auftrag gegebene Studie des *Defense Science Board*: „Stabilisierungs- und Wiederaufbaumissionen müssen zu einer Kernkompetenz sowohl des Verteidigungs- als auch des Außenministeriums werden.“¹⁴

Dieser Vorschlag wurde nun vom Pentagon mit der Direktive 3000.05 vom 28. November 2005 offiziell übernommen, welche die bisherige Aufgabenhierarchie radikal verändert: „Stabilitätsoperationen sind ein Kernbestandteil der amerikanischen militärischen Aufgaben. [...] Ihnen sollte eine vergleichbare Priorität wie Kampfoperationen eingeräumt werden.“¹⁵ Die Reichweite dieser Direktive wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass dies eine vollständige Reorganisation des Pentagon, seiner Trainingsmethoden, Ausbildungslehrgänge und auch der „Karriereleitern“ erfordert. Der *Quadrennial Defense Review Report* vom Februar 2006 betont dementsprechend, dass die Geldmittel für und der Stellenwert von „Stabilisierungsmissionen“ drastisch erhöht werden sollten. Kein Wunder also, dass Barnett begeistert auf den bahnbrechenden Charakter der Direktive 3000.05 verweist und sie begeistert als die „neue Pentagon Systemadministrationsrichtlinie“ bezeichnet.¹⁶

Amerikas „Kolonialbüro“

Bereits im Juli 2004 richtete das US-Außenministerium ein „Büro für Wiederaufbau und Stabilisierung“ ein. Die Aufgabe der auch als „Kolonialbüro“ titulierte Einrichtung besteht laut Selbstbeschreibung darin, „Gesellschaften beim Übergang von Konflikten und Bürgerkriegen zu helfen, damit sie den nachhaltigen Weg hin zu Frieden, Demokratie und Marktwirtschaft einschlagen.“¹⁷ Dazu sollen, Bürochef Carlos Pascual zufolge, die Kapazitäten entwickelt werden, die erforderlich sind, um gleichzeitig zwei bis drei derartige Stabilisierungsoperationen über die Dauer von fünf bis zehn Jahren aufrechtzuerhalten.

Präsident George W. Bush unterstrich die Dringlichkeit des Anliegens der neuen Behörde durch die Unterzeichnung einer *National Security Presidential Directive*. Analog zur Pentagon-Richtlinie 3000.05 werden hier Stabilisierungsmissionen in den Rang einer Kernaufgabe der US-Außenpolitik erhoben, und Außenministerin Condoleezza Rice wird die Verantwortung für deren Institutionen übergreifende Koordinierung übertragen.¹⁸ Rice präzierte die hiermit verbundenen Aufgaben Anfang 2006 in einer Grundsatzrede unter dem bezeichnenden Titel „Transformational Diplomacy“ („Umgestaltende Diplomatie“): „Das Büro für Wiederaufbau und Stabilisierung muss

13 Thomas P. M. Barnett, zit. nach Michael Barone, Thomas Barnett's Blueprint for Action, USNEWS, 15.11.2005.

14 Defense Science Board 2004 Summer Study on Transition To and From Hostilities, December 2004, S. VI.

15 Department of Defense, Military Support for Stability, Security, Transition, and Reconstruction (SSTR) Operations, Directive Number 3000.05, November 28, 2005, S. 2.

16 Vgl. www.thomaspmbarrett.com/weblog/archives2/002754.html.

17 Department of State, About S/CRS, www.state.gov/s/crs/c12936.htm.

18 The White House, National Security Presidential Directive/NSDP-44, S. 1f.

in der Lage sein, einem gescheiterten Staat dabei zu helfen, verantwortungsvolle Souveränität auszuüben.“¹⁹ Wer also nicht „verantwortlich“ im Sinne Washingtons handelt, ist man geneigt zu vermuten, der wird eben so lange besetzt, bis er sich eines Besseren besinnt. Darüber hinaus werden auch die US-Diplomaten direkt in die imperiale Zielsetzung einbezogen.

Im Zuge der Neuausrichtung der US-Außenpolitik wird auch die Entwicklungshilfe instrumentalisiert und umgestaltet. So richtete Außenministerin Rice im Januar 2006 auch den Posten eines *Director for Foreign Assistance* ein. Das Problem ist aber, dass der neue Direktor, Randall Tobias, gleichzeitig auch Direktor der Entwicklungshilfebehörde *United States Agency for International Development* (USAID) ist. Obwohl dabei der Status von USAID als formal unabhängiger Organisation unberührt bleibt, werden ihre Hilfsgelder und Programme de facto stärker an die Aktivitäten des Außenministeriums gebunden. Rice jedenfalls lässt keinen Zweifel daran aufkommen, dass Gelder künftig nur noch im Rahmen ihrer „Transformational Diplomacy“ vergeben werden sollen. „Es ist diese Politisierung der US-Entwicklungshilfe und das Verwischen der Grenzen, die traditionell Entwicklungs- und humanitäre Hilfe von militärischen Aktionen trennte, über die sich Experten Sorgen machen.“²⁰

Angesichts der jüngsten Erfahrungen im Irak und in Afghanistan drängt sich indes die Frage auf, ob militärischer „Stabilitätsexport“ überhaupt praktikabel ist. Die Kluft zwischen Demokratisierungsanspruch und Besatzungswirklichkeit ist jedenfalls extrem groß. Daher versuchen Einrichtungen wie die neokonservative *Hoover Institution*, diese Kluft argumentativ zu überbrücken. Ein demokratischer Übergang, so Stanley Kurtz in seinem Aufsatz über „demokratischen Imperialismus“, sei nur „sehr langsam“ zu bewerkstelligen. Prinzipiell sei es unklug, „demokratische Wahlen in einem grundsätzlich illiberalen Umfeld durchzuführen. [...] Dies legt es nahe, dass eine Periode quasi-imperialen und somit undemokratischer Kontrolle eine notwendige Bedingung für Demokratie sein könnte.“²¹

Allerdings kommt derselbe Think-Tank in einer Studie über die „Demokratisierungswirkung“ der 19 amerikanischen Besatzungen im letzten Jahrhundert zu einem konträren Ergebnis: „Im Gegensatz zu dem, was erwartet werden könnte, ist der Einfluss der Vereinigten Staaten nicht sonderlich beeindruckend.“²² Darüber hinaus wird geflissentlich ignoriert, dass die umfassende „Stabilisierung“ gescheiterter Staaten selbst nach Einschätzung des Pentagon einen enormen Personalaufwand erfordert. Die bereits erwähnte Studie des *Defense Science Board* kommt zu dem Ergebnis, dass für eine nachhaltige Stabilisierung gescheiterter Staaten rund 20 Soldaten pro 1000 Einwohner für fünf bis acht Jahre stationiert werden müssten – eine politisch in jeder Hinsicht illusorische Zahl. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die erforderlichen personellen wie materiellen Ressourcen hierfür nicht zur Verfügung stehen. Damit, so das *Defense Science Board* in bemerkenswerter

19 Condoleezza Rice, *Transformational Diplomacy*, Washington, D.C., 18.1.2006.

20 Liane Schalatek, *The Recent Reform of USAID*, Heinrich-Böll-Stiftung, Washington, D.C., 17.4.2006.

21 Stanley Kurtz, *Democratic Imperialism: A Blueprint*, in: „Policy Review“, April 2003; vgl. auch das

Gespräch mit William Kristol, *Krieg ist keine Geometrie*, in: „Blätter“ 7/2004, S. 805-816.

22 Chappell Lawson und Strom C. Thacker, *Democracy? In Iraq?* Hoover Digest, 3/2003.

Offenheit, wird der so vollmundig geforderte „Stabilitätsexport“ zwangsläufig nur selektiv und insbesondere dort stattfinden, wo substanzielle ökonomische oder strategische Interessen der Vereinigten Staaten berührt sind.

Rekrutierungshilfe für Terrororganisationen

In den betroffenen Ländern trifft diese Politik verständlicherweise auf Widerstand. Dies gilt nicht zuletzt mit Blick auf die implementierte neoliberale Wirtschaftspolitik. So bezeichnet beispielsweise „Focus on the Global South“ die Strategie der US-Regierung im Irak offen als eine „Invasion“, die lediglich einem Ziel diene, „Destroy and Profit“: „Seit der Invasion im Jahr 2003 haben die Vereinigten Staaten versucht, nahezu sämtliche Sektoren der irakischen Wirtschaft für ausländische Investoren zu öffnen, das Land für den internationalen Handel aufzubrechen, ein massives Privatisierungsprogramm zum Verkauf von über 150 staatseigenen Betrieben aufzulegen, den Finanzmarkt zu liberalisieren, [...] und die Grundlagen für die endgültige Privatisierung des irakischen Öls zu legen.“ Ähnlich beschreibt auch Naomi Klein die Entwicklung im Irak – freilich nicht ohne auf das dortige „Scheitern der neokonservativen Utopie“ zu verweisen.²³ Denn die humanitäre Situation im Land hat sich, nach übereinstimmenden Berichten verschiedener Hilfsorganisationen, seit dem US-Einmarsch dramatisch verschlechtert. Und auch in Afghanistan scheint das avisierte Nation-Building kaum erfolgreicher zu verlaufen.

Neoliberaler „Stabilitätsexport“ im Sinne einer Anti-Terror-Maßnahme erweist sich nicht nur als wenig praktikabel, sondern – schlimmer noch – als kontraproduktiv, da die Besetzung von den Besatzern offensichtlich weithin klassisch als „Lizenz zum Plündern“, verstanden wird, empfinden immer mehr Menschen das Nation-Building nicht als Demokratisierung, sondern als Okkupation. Dabei steigt auch der Anteil derjenigen, die bereit sind, sich gewaltsam – und zum Teil mit terroristischen Methoden – zur Wehr zu setzen. Dementsprechend bestätigt Robert Pape, einer der bekanntesten US-Politikwissenschaftler, in seiner breit angelegten Studie, dass nahezu alle Selbstmordattentate „nicht einfach ein Ergebnis irrationaler Individuen oder fanatischen Hasses sind. Das vorrangige Ziel von Selbstmordattentaten ist es, [...] die Demokratien dazu zu zwingen, ihre Truppen aus dem Land, das die Terroristen als ihre Heimat betrachten, abzuziehen.“ Hieraus erkläre sich auch der dramatische Anstieg solcher Attentate in den letzten Jahren; die „enge Verbindung zwischen ausländischer Besetzung und dem Anstieg von Selbstmordattentaten“ sollte Anlass sein, die eigene Strategie zu überdenken. „Die Eroberung von Ländern mag terroristische Operationen kurzfristig behindern, aber es ist wichtig zu erkennen, dass die Besetzung von mehr Ländern sehr wohl zu einem Anstieg der Zahl der Terroristen führen könnte, die sich gegen uns wenden.“²⁴

23 Herbert Docena, „Shock and Awe“ Therapy. How the United States is attempting to control Iraq's oil and pry open its economy, in: Focus on the Global South, Destroy and Profit, Januar 2006, S. 7-26, hier S. 8; Naomi Klein, Bagdad im Jahr Null, in: „Blätter“ 1/2005, S. 33-54.

24 Robert Pape, The Strategic Logic of Suicide Terrorism, „American Political Science Review“ 3/2003, S. 343-361, hier S. 345, 357.

Dennoch scheint die Regierung in Washington fest entschlossen zu sein, auf jede Bedrohung ihrer Interessen militärisch zu reagieren – ein geradezu typisches Verhalten eines Imperiums, das, Herfried Münkler zufolge, „bei der Sicherung der neu erschlossenen Wirtschaftsräume auf militärische Präsenz nicht verzichten kann. Solange hierfür der Einsatz kleinerer Kontingente ausreicht, bereitet das keine ernststen Schwierigkeiten. [...] Das ändert sich, wenn Aufstände ausbrechen und sich Unruhen ausbreiten, die eine langfristige Entsendung größerer Truppeneinheiten erforderlich machen.“²⁵ Das American Empire scheint nunmehr in diesen Strudel geraten zu sein.

Aufschlussreich ist dabei, wie viel Aufmerksamkeit dem Phänomen gescheiterter Staaten zukommt, während dessen Entstehungsursachen geflissentlich ignoriert werden. Armut oder die Folgen der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds werden als mögliche Konfliktursachen konsequent ausgeblendet.²⁶ Wer in seinen „Analysen“ auf diese Weise verfährt und dadurch zum Schluss gelangt, die betreffenden Länder müssten erobert und anschließend unter quasi-koloniale Kontrolle gestellt werden, bis sie neoliberalen Spielregeln gehorchen, der perpetuiert den Teufelskreis aus Armut und Gewalt. Genau das ist aber die traurige Praxis, die sich gegenwärtig hinter dem beschönigenden Begriff des „Stabilitätsexports“ verbirgt.

²⁵ Herfried Münkler, *Imperien*, Bonn 2005, S. 241.

²⁶ Vgl. Claudia Haydt, *Zivilisierung des Militärischen oder Militarisierung des Zivilen?* In: Tobias Pflüger und Jürgen Wagner, *Welt-Macht Europa. Auf dem Weg in weltweite Kriege*, Hamburg 2006, S. 312-322.

Anzeige

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

266 Migrantinnen, Grenzen überschreitend

Es schreiben Ursula Apitzsch, Claudia Gdaniec, Alexandra Zavos, Ingrid Palmary, Rose Baaba Folson, Philomena Harrison

Diskussion »Gerechtigkeit für Muslime«?
Der Fall Necla Kelek

M.Castro Varela & N.Dhawan, Jutta Meyer-Siebert, Georg Auernheimer, Richard Gebhardt

E.Jelinek *Handke/Heine* / F.Fernández Buey *Eindrücke aus Bolivien* / *Gibt es eine Abendroth-Schule?* u.a.m.

265 Politik der Literatur

V.Braun *Zwei Kalendergeschichten*
Ch.Lehmann *Das Jahr des Mannes*
G.Rienäcker *Begegnungen mit Heiner Müller*

D.Suvin *Erinnerungen an Stanislaw Lem*
F.Jameson *Politik des Utopischen*

I.Solty *Kushners amerikanischer Engel der Geschichte*

Th.Barfuss *Hornbys Romane zwischen Pop und Politik*

E.Krippendorff *Shakespears Widerbellerin*
H.Peitsch *Revision der Nachkriegsliteraturgeschichte* u.a.m.

Einzelheft 11,-; Jahresabo (6 Hefte) 52,50 zzgl. Versand; ermäßigt 39,- zzgl. Versand; zu beziehen über Argument-Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, versand@argument.de, Tel.: 030/ 611 3983, Fax: 030/ 611 4270 und im Buchhandel.